



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



18. Dezember 2015

Inhalt

- 1. SPD-Bundesparteitag - „Wann wir schreiten Seit' an Seit'“**
- 2. Verbindliche Klimaziele in Paris**
- 3. Die Integrationspflicht: Pro und Contra**

**GESAGT
GETAN
GERECHT**

HALBZEITBILANZ

SPD-BUNDESPARTEITAG

„Wann wir schreiten Seit' an Seit'“ - wirklich?

Wie oft haben wir alle das alte Arbeiterlied „Wann wir schreiten Seit' an Seit'“ gesungen? Es wäre schön, wenn es auch das Handeln der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten tragen würde. Mit dem Wahldebakel beim Bundesparteitag haben uns 25 Prozent der Delegierten einen „Bärendienst“ erwiesen. Das Ergebnis nützt keinem und beschädigt die gesamte Partei.

Sehr ärgerlich ist insbesondere, dass [unsere guten inhaltlichen Beschlüsse](#) (u.a. Impulse für ein starkes Europa, für soziale Standards im Welthandel, ein Grundsatzprogramm für die digitale Gesellschaft, zu Deutschlands Zukunft, zur Familienpolitik, zur Zukunft der Arbeit, zur Sicherheitspolitik, Flüchtlingsfragen und Friedenspolitik in einer Zeit neuer Konflikte) komplett untergegangen sind und medial keine Rolle spielen.

Wir teilen Sigmar Gabriels Aussage, „die Partei muss aufhören mit der Misstrauenskultur. Nur eine selbstbewusste SPD, welche die Gegner nicht in den eigenen Reihen sucht, hat Chancen, Dinge durchzusetzen. Die SPD hat den Anspruch, das Land und Europa mit anzuführen. Darum geht es. Nicht um die Zufriedenheit mit der eigenen Position.“

Nun sind wir alle gefordert wirklich wieder „Seit' an Seit'“ zu schreiten. Wir sind in der großen Koalition die treibende Kraft und setzen unsere Themen, die wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, kontinuierlich um. Unsere [Halbzeit-Bilanz](#), die wir Euch auch beifügen, kann sich sehen lassen. Die SPD regiert und das Land kommt voran. Es wäre schön, wenn Ihr mithelft, dass diese sozialdemokratischen Erfolge auch von den Menschen wahrgenommen werden.

Verbindliche Klimaziele in Paris

Die Freude, aber auch die Erwartungen, sind gewaltig: In Paris haben sich 195 Staaten der Welt auf ein Klimaschutzabkommen geeinigt! Damit beginnt eine neue Ära im internationalen Klimaschutz.

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks, SPD, hat sich zusammen mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus aller Welt dafür stark gemacht, dass zum ersten Mal ALLE Länder der Erde einen gemeinsamen Weg beschreiten, um unseren Planeten zu retten. Das sind starke Worte, aber um nicht weniger geht es.



Die Pariser Klimakonferenz hat die Erwartungen weit übertroffen. Das Abkommen nimmt alle Forderungen auf, die Deutschland vor der Konferenz formuliert hatte. Die 2-Grad-Obergrenze wird völkerrechtlich verbindlich verankert. Darüber hinaus verpflichten sich alle, den Temperaturanstieg schnellstmöglich auf höchstens 1,5 Grad zu begrenzen, damit die kleinen Inselstaaten eine Chance haben, ihre Existenz zu retten. Die Ergebnisse können sich sehen lassen. So hat sich die Weltgemeinschaft auf Dauer von fossilen Energieträgern verabschiedet. Ab 2020 sollen die Staaten dafür alle 5 Jahre Klimaschutzpläne vorlegen, die so ambitioniert wie möglich sein müssen. Ein Zurück zu weniger ambitionierteren Zielen darf es

nicht geben. Die Industrieländer haben zudem fest versprochen, dass sie die Entwicklungsländer beim Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel unterstützen werden.

Deutschland gilt in puncto Klimaschutz als Vorbild. Auf der Klimakonferenz in Paris zeigte sich, dass wir dieser Rolle auch durchaus gerecht werden. Wir gelten als verlässlicher und glaubwürdiger Partner und ehrlicher Makler in den Verhandlungen, nicht zuletzt wegen unseres ehrgeizigen nationalen Emissions-Reduktionsziels von 40 Prozent bis zum Jahr 2020.

Nun muss die eigentliche Arbeit beginnen und die Weltgemeinschaft muss die Ziele von Paris erreichen, ansonsten droht der Klimawandel mit all seinen Konsequenzen für Menschen und Umwelt unumkehrbare und schwerwiegende Folgen zu haben. Dafür sind enorme Anstrengungen nötig! Auch in Deutschland müssen wir einen Strukturwandel in der Energiewirtschaft, in der Verkehrspolitik, in der Industriepolitik oder der Landwirtschaftspolitik einläuten, um nur einige Handlungsfelder zu benennen. Die Bekämpfung des Klimawandels ist die große Herausforderung der nächsten Jahrzehnte, denn hier gilt im Besonderen: Scheitern ist keine Option!

Die Integrationspflicht: Pro und Contra

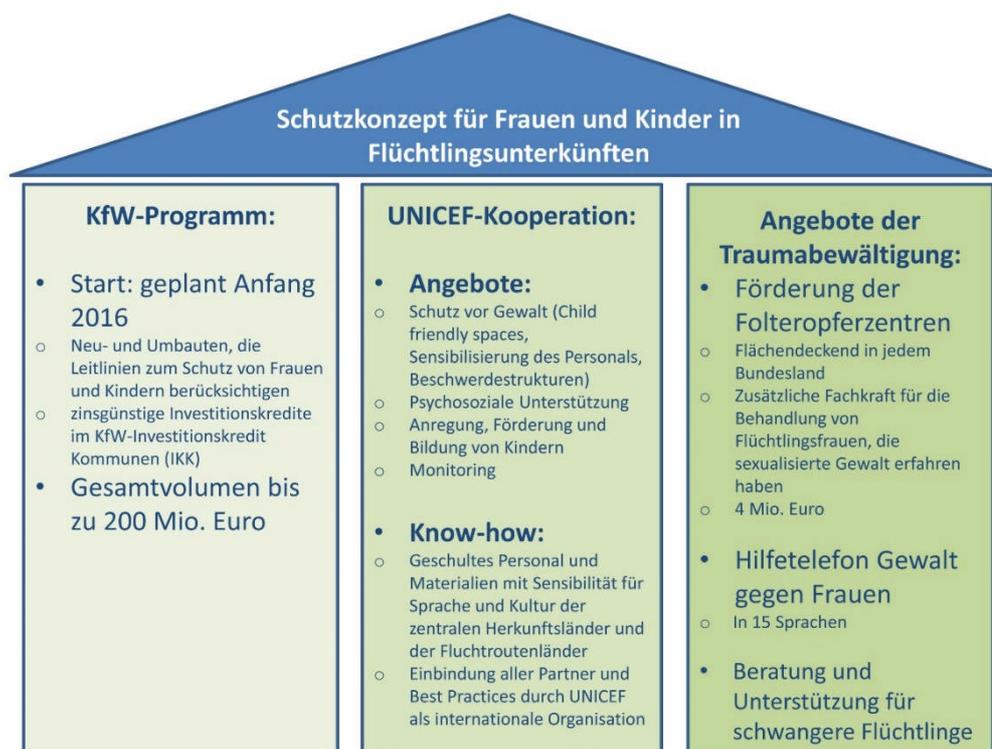
Die CDU fordert zurzeit medienwirksam eine Integrationspflicht für Flüchtlinge. Dieser Pflicht gemäß, sollen Flüchtlinge kurz nach ihrer Ankunft eine Verpflichtung unterschreiben, dass sie zum Beispiel den Staat Israel oder aber die Gleichberechtigung von Frauen und Männern anerkennen. Auch die SPD möchte die Integration – die als Ziel völlig unstrittig ist – vorantreiben und viele Schritte auf dem Weg zu diesem Ziel noch einmal beschleunigen.

Warum sind wir aber gegen eine Integrationspflicht?

Wir zweifeln an der Umsetzbarkeit. Integration setzt voraus, dass sich ein Mensch integrieren will. Wer aber ist in der Lage den Willen eines Menschen zu überprüfen, oder seine Absicht? Selbst wenn der Wille zur Integration schriftlich erklärt wird, wie wollen wir denn überprüfen, wie und ob dieser Wille dann auch tatsächlich gelebt wird? Und wer soll überprüfen? Die Polizei, die sowieso schon überbelastet ist?

Der Besuch eines Integrationskurses ist für alle Asylbewerberinnen und Asylbewerber ohnehin bereits seit Jahren Pflicht. Aber zur Integration gehört viel mehr als der Besuch eines Kurses, zur Integration gehört in erster Linie das Beherrschen der Sprache. Und hier hat sich die CDU in der Vergangenheit nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Betreuungsgeld hält gerade Kinder aus Migrantenfamilien vom Kindergartenbesuch und Spracherwerb ab. Und zur Wahrheit gehört auch, dass Minister de Maizière die Mittel für die Kinderbetreuung während der Integrationskurse für Frauen vor zwei Jahren ersatzlos gestrichen hat. Das heißt, die Frauen bleiben wieder einmal zurück und können vielfach gar nicht an Integrationskursen teilnehmen. Der Verweis des Ministers auf die reguläre Kitabetreuung aber greift häufig nicht, da Frauen in den Erstaufnahmeeinrichtungen – wo sie ja bis zu 6 Monaten bleiben – gar keinen Rechtsanspruch auf einen Kitabesuch ihrer Kinder haben.

Ein Hin- und Hergeschiebe der Zuständigkeiten hilft selten bei drängenden Problemen, dafür bedarf es eines konkreten Plans. Diesen haben Malu Dreyer, Manuela Schwesig, Aydan Özoguz, Andrea Nahles und Barbara Hendricks vor zwei Wochen vorgestellt. Und diese SPD-Damen reden nicht nur über Integration, sondern bündeln geschickt die für sie notwendigen Kompetenzen in einem Team, das dann konkrete Schritte aufzeigt und der Integration endlich wieder eine Richtung gibt. **Hier das Konzept:**



Und unsere SPD-Frauen wurden auch gleich diese Woche konkret: Ministerin Manuela Schwesig hat nicht nur ein durchdachtes Schutzkonzept für Frauen und Kinder in Flüchtlingsunterkünften vorgelegt, sondern gleich noch bewiesen, dass sie auch die Fähigkeit und die Hausmacht hat, dies finanziell und organisatorisch durchzusetzen. Da es seitens der Union noch immer keinen Willen für den besonderen Schutz dieser Personengruppe gibt, hat sie sich die KfW-Bank und UNICEF an die Seite geholt und damit kompetente Partner für eine rasche Umsetzung verpflichtet.

Die Bundesregierung will die Länder, Kommunen und Einrichtungsträger bei der Organisation eines wirksamen Schutzes von Frauen und Kindern vor Gewalt in Flüchtlingsunterkünften unterstützen und Angebote für die konkrete Umsetzung geben.



**Schöne Feiertage
und einen
erfolgreichen Start
in ein neues,
gesundes und
spannendes Jahr**

**wünschen Uli Gottschalck
und Dr. Edgar Franke
mit ihren Teams**

FROHE WEIHNACHTEN



Eine Information der Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

**V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin**

Artikelbilder: fotolia